

„Ich werde mich nie mehr bei der Polizei beschweren“. Schutz und Schutzlosigkeit im Nationalsozialismus

Der jüdische Münchner Rechtsanwalt Michael Siegel ging im Auftrag seines Mandanten Max Uhlfelder, eines großen Münchner Kaufhausbesitzers, am 10. März 1933 zur Polizeidirektion an der „Löwengrube“. Er wollte eine Anzeige aufgeben: NS-Sturmtrupps hatten im Siegesrausch der Machtübernahme Schaufenster des Kaufhauses Uhlfelder eingeschlagen. Noch glaubte der bayerische Bürger und Jurist Michael Siegel an die Institutionen, an Recht und Ordnung. Er glaubte daran, dass das Einschlagen von Schaufenstern, auch wenn sie zu dem Kaufhaus eines jüdischen Eigentümers gehörten, eine Sache für die Polizei sei. Er ging davon aus, dass die Polizei Schutz gewähren würde.

Doch Michael Siegel hatte sich geirrt. Die Polizeidirektion unterstand inzwischen Heinrich Himmler. Das bayerische Innenministerium hatte Hitlers alter Gefolgsmann Adolf Wagner übernommen, das Justizministerium Hitlers Rechtsanwalt Hans Frank. Die wichtigsten staatlichen Institutionen waren damit bereits in der Hand der Nationalsozialisten. Am 9. März 1933 hatte Adolf Wagner bei der Siegesfeier an der Feldherrnhalle gedroht: Alle, die sich gegen die nunmehr legale NS-Regierung erheben würden, müssten mit ihrem Kopf dafür haften.

In der Löwengrube amtierte am 10. März nicht nur Heinrich Himmler. Mit ihm waren viele NS-Hilfstruppen in die Polizeidirektion eingezogen: SA und SS-Leute, die nun

zu Hilfspolizisten ausgebildet wurden. Sie stießen Michael Siegel in den Keller und verprügelten ihn brutal; er verlor dabei mehrere Zähne und es platzte ihm das Trommelfell. Dann schnitt man ihm die Anzughose ab, nahm ihm die Schuhe weg und hängte ihm ein Schild um den Hals: „Ich werde mich nie mehr bei der Polizei beschweren“. So hetzte ihn die SS über die Neuhauser Straße und den Stachus bis zum Hauptbahnhof. Drastisch machte man ihm und später allen anderen Juden klar, dass ab jetzt für sie nicht mehr Recht und Ordnung galten, dass sie außerhalb des Schutzes der Institutionen standen.

Veröffentlicht wurde das Foto in Deutschland nicht. Als Beleg für das brutale Vorgehen der neuen Machthaber erschien es aber am 23. März auf der Titelseite der Washington Times. Es war ein frühes und zentrales Dokument der Judenverfolgung in Deutschland. Michael Siegel und seine Kinder litten lebenslang darunter, dass seine tiefe Entwürdigung zu einer Ikone wurde und sich seine Demütigung damit vielfach wiederholte. Michael Siegel, der ordentliche bayerische Bürger, war zum Schauobjekt geworden.

Sein Erlebnis war eine Vorschau auf das, was in der Zeit des Nationalsozialismus mit denen geschah, die nicht in die Ideologie passten. Neben den Juden waren das auch Sinti und Roma, Homosexuelle, Erbkrankte, sozial Unangepasste und andere mehr. Ihnen wurde sukzessive der Schutz der Institutionen entzogen, für sie galt in Deutschland nicht mehr das gleiche Recht wie für die, die dazugehörten. Die Nürnberger Gesetze von 1935 sprachen Juden und denjenigen, die von den Nationalsozialisten wegen ihres Familienhintergrundes zu Juden erklärt wurden, die Staatsbürgerrechte ab. Dies betraf die Menschen im Lande, doch auch außerhalb. Wer emigrierte, wurde ausgebürgert – kein deutscher Konsul konnte im fremden Land angerufen werden, sich zu kümmern, wenn es Probleme gab; der Pass wurde –

so der exilierte Bert Brecht – zum „wertvollsten Teil des Menschen“, denn ohne Pass gab es kein Visum für Aufenthalt oder Weiterreise. Die Emigranten waren ausgesetzt und schutzlos. In nervenzermürenden bürokratischen Prozeduren, mit Scheinheiraten oder glücklichen Fügungen gelang es, den Pass eines anderen Landes und damit neuen Schutz zu ergattern.

Wie selbstverständlich setzen wir voraus, setzten damals auch die deutschen Juden voraus, dass Institutionen funktionieren, dass sie ohne Ansehen der Person, sachgerecht und ordnungsgemäß arbeiten. Das gilt für Polizei und Justiz, für Arbeitsamt und Sozialdienste, für Finanzämter und Pfandleihanstalten, das gilt für die Möglichkeiten zu freier Presse, freier Selbstorganisation in Parteien, Vereinen und Gewerkschaften, für die Freiheit religiöser Selbstbestimmung und vieles mehr. Kürzlich habe ich mir die Verordnungen angesehen, die zwischen März und Juni 1933 in Bayern erlassen wurden – sie hebelten „legal“ praktisch alles aus, was diese Grundrechte sicherte und zerstörten damit die Basis des Schutzes. Und sie stellten alle Ämter und Institutionen in den Dienst der NS-Ideologie: Die Polizei erhielt neue Befugnisse und vor allem die Gestapo wurde zur gefürchteten Instanz, konnte sie doch ohne jede juristische Kontrolle Menschen ins Konzentrationslager einweisen. Die Gestapo zerschlug die Widerstandsgruppen und sie zerstörte das Vertrauen der Menschen untereinander, indem sie das Denunziantentum förderte. Die Justiz wiederum fällte Unrechtsurteile; Roland Freisler und seine Sondergerichte waren berüchtigt. Aber auch Arbeitsamt oder Sozialamt beteiligten sich an der Verfolgung, sie meldeten „Arbeitsscheue“, Kranke und sozial Unangepasste, beteiligten sich an Selektionen und am Arbeitseinsatz von Zwangsarbeitern. Finanzämter waren intensiv in die „Arisierung“ eingebunden, also den Raub jüdischen Eigentums, sie organisierten den „Finanztod“ der deutschen Juden. Pfandleihanstalten nahmen den

Familienschmuck, das Silber und andere Wertgegenstände der Juden entgegen, die eingezogen wurden. Ämter, so das Resümee, boten keinen Schutz.

Schutz gab es damals jedoch auf ganz andere Weise: Schutz kam von innen. Wer ohne Angst war, konnte oft schwierigste Situationen meistern. Schutz und Hilfe für verfolgte Juden kam aus Freundeskreisen und Familien, von alten Hausangestellten und einfachen Leuten, manchmal von Wildfremden. Dafür finden sich viele Beispiele. Dr. Else Behrend-Rosenfeld, deren Schicksal wir intensiv erforscht haben, erfuhr solche Hilfe, solchen Schutz von vielen Seiten: Ihr Mann und ihre Kinder konnten noch vor Kriegsbeginn 1939 nach England emigrieren, sie musste dableiben; 1944 entkam sie mit der Hilfe von Menschenschmugglern über die Grenze in die Schweiz. Ihre Studienfreundinnen aus Jena unterstützten sie in der schweren Zeit der Verfolgung. Besonders die Lehrerin Eva Schmidt aus Weimar, die ich vorbildlich finde, wurde zur „stillen Heldin“; mit ihr korrespondierte Else die ganzen Jahre aus dem Internierungslager, aus dem Untergrund in Berlin und Freiburg, auch vom Tag der Flucht ist ein Brief überliefert. Eva Schmidt schickte Lebensmittel, Seife und warme Sachen, sie sprach Mut zu und gab die Sicherheit von Freundschaft. Später gestand sie einer Außenstehenden, sie habe die Verantwortung fast nicht mehr tragen können. Es halfen aber auch andere Netzwerke und Freundeskreise. Ein untergetauchter Jude brauchte in jenen Jahren mindestens zehn Helfer und Helferinnen, um zu überleben. Und es existierten solche Helfer – auch Menschen, die halfen, ohne die Verfolgten vorher gekannt zu haben. Bei Else war das in Berlin der Unternehmer Hans Kollmorgen, der am Schluss fünf untergetauchte Juden bei sich versteckt hielt, in Freiburg nahm sie Edmund Goldschagg, der spätere Lizenzträger der Süddeutschen Zeitung, in seine Familie auf.

Aus Elses Tagebuch ist zu entnehmen, dass für sie Recht und Ordnung weiter bestanden, gewissermaßen auf einer höheren, einer moralischen Ebene, auch wenn sie de facto für Juden nicht mehr galten. Else zögerte nie, sich für andere einzusetzen, so übersprang sie die eigene Gefährdung. Sie überlebte – mit Mut, Kraft, Hilfe und viel Glück. Eine unter Hundertausenden deutschen Juden, denen dies nicht gelang.

Verfolgung und Schutzlosigkeit ist heute wieder überall im Ansteigen, Bürgerkriege, religiöser Fanatismus, Terror, sind in den Nachrichten allgegenwärtig. Die Schutzlosigkeit der Flüchtlinge ist herzerreißend. Doch auch der Blick auf unseren Rechtsstaat macht deutlich: Es ist nichts von alleine da, wir müssen es bewachen und bewahren, wir müssen genau hinsehen und einfordern. Rechte gelten nicht für alle gleich. Diejenigen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, sind auch bei uns nicht sicher vor Übergriffen, sie leben in Lagern und werden herumgeschoben, sie sind nicht willkommen und werden von der Bürokratie schikaniert. Und auch bei denjenigen, die als Bürger unseres Staates den Schutz der Institutionen erhalten sollten, ist dies nicht immer gesichert: Armut, Alter, Hautfarbe, Herkunft, sexuelle Orientierung und Religion, eigentlich von europäischen Gleichstellungsgesetzen geschützt, sind auch bei uns Ausgangspunkt für Diskriminierungen. Je mehr die Gesellschaft durch Wirtschaftskrisen oder Bedrohungen von außen irritiert ist, desto leichter fällt offenbar die Abstufung in diejenigen, die dazugehören und in diejenigen, die am Rande stehen. Die Folgen solchen ausgrenzenden und hierarchisierenden Denkens und Handelns können wir plastisch am Beispiel der NS-Zeit sehen. Michael Siegels Demütigung bleibt hier Mahnung zur Wachsamkeit.